

Zu sehr geschützt?

Wolf Halter von Schafen und Ziegen sehen durch zunehmende Risse eine „Eskalation“. Der Bauernverband möchte ganze Wolfsrudel abschießen lassen. Ministerin Lemke will das Problem besprechen. *Von Dominik Guggemos*

Der Wolf fühlt sich hierzulande immer wohler – der Deutsche Bauernverband (DBV) schätzt die Population, abgeleitet aus amtlichen Zahlen, auf deutschlandweit 2000 bis 2500 Tiere. Zum Leidwesen nicht nur von Schaf- und Ziegenhaltern, deren Tiere oft genug als Mahlzeit für die sehr intelligenten Wölfe enden. Zwischen 3000 und 4000 Nutztiere haben Wölfe zwischen 2019 und 2021 laut Zahlen der Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes jährlich getötet.

Aus Sicht der Tierhalter deutlich zu viele, sie fühlen sich von der Politik alleine gelassen – und fordern, dass endlich mehr Wölfe abgeschossen werden dürfen. Das Bundesumweltministerium lehnt das mit Verweis auf den strengen Schutzstatus, den der Wolf durch EU-Recht genießt, ab. Den in immer deftigeren Worten geführten politischen Streit entschärfen will das Ministerium mit der „Dialogreihe Wolf“, die von Ressortchefin Steffi Lemke (Grüne) am Donnerstag mit einer Rede eröffnet wird. Doch die Reihe steht schon in der Kritik, bevor sie überhaupt begonnen hat.

Der DBV befürchtet eine Frontalveranstaltung, keine echten Gespräche. Um ihre Forderung zu artikulieren, haben Bauern, Weidetierhalter und Jäger am Mittwoch selbst eingeladen. „Wir brauchen ein Bestandsmanagement“, sagt DBV-Generalsekretär Bernhard Krüskens. Im Klartext: Der Wolf muss deutlich einfacher abgeschossen werden können. Konkret fordert er von Lemke in einem ersten Schritt, der EU-Kommission mitzuteilen, dass Deutschland einen guten Erhaltungstand beim Wolf habe.

„Nicht nur Problemwölfe“

Auch ein Zielbestand an Wölfen im Land soll, in Absprache mit den Weidetierhaltern, gefunden werden. Darauf aufbauend muss dann aus Sicht des Bauernverbands über die gezielte Tötung von Wölfen gesprochen werden. Krüskens: „Wir müssen nicht nur einzelne Problemwölfe, sondern ganze Rudel unbürokratisch entnehmen dürfen.“



Wölfe spielen in einem Wildpark in ihrem Gehege. Ihre Artgenossen in freier Wildbahn vermehren sich Deutschland seit einigen Jahren stetig und werden von Nutztierhaltern zunehmend als Problem gesehen.

Foto: Karl-Josef Hildenbrand/dpa

Praktisch umsetzen müssen das die Jäger, die nach eigenen Angaben gar nicht von Lemke zu der Dialogreihe eingeladen wurden. Helmut Dammann-Tamke, Vizepräsident des Deutschen Jagdverbandes, kommt trotzdem. Für ihn ist der Wolf ein faszinierendes Tier. Er betont aber, dass das regional differenzierte Bestandsmanagement, auf das sich SPD, Grüne und FDP in ihrem Koalitionsvertrag geeinigt haben, nur möglich sei, wenn der Wolf seinen Schutzstatus verliere. Aus seiner Sicht tue man dem Wolf einen Gefallen damit, die Population per Abschüssen zu regulieren und dabei die unauffälligen Wölfe in Ruhe zu lassen. Denn: „Wenn die Akzeptanz in der Bevölkerung einmal verloren gegangen ist, wird sie nicht mehr zurückkommen.“ Bei Sabine Firnhaber, Vizepräsidentin des Landesschaf-

und Ziegenzuchtverbandes Mecklenburg-Vorpommern, ist dieser Punkt schon überschritten. Sie betont, dass die Zahl der Risse mit der zunehmenden Anzahl an Wölfen steige. „Der Wolf ist hochintelligent und gibt sein erlerntes Wissen an die nachfolgenden Generationen weiter.“ Für die Weidetierhalter ein Wettlauf mit

der Zeit. Wenn der traditionelle Herdenschutz mit Hütehunden und Zäunen funktionieren würde, würden es die Wölfe gar nicht mehr probieren, sagt die Schafzüchterin. „Irgendwann eskaliert es, wir sind auf dem Weg dahin.“ Wenn die Schafhaltung als Beitrag zur Artenvielfalt gewünscht sei, müssten auch die Kosten für den

Herdenschutz von der Gesellschaft getragen werden, meint Firnhaber.

Was das Töten der Wölfe angeht, signalisierte Lemke im Vorfeld zumindest eine gewisse Bereitschaft zum Kompromiss. Abschüsse von Wölfen, die das Überwinden von höheren Zäunen gelernt haben oder sich Menschen gegenüber zu sehr nähern, seien möglich und könnten rechtskonform durchgeführt werden, so Lemke. „Diese Möglichkeit sollte in Zukunft verstärkt genutzt werden.“

Doch die bürokratischen Hürden dafür sind sehr hoch. Auf die Frage, ob man die Hürden senken könne, antwortete ein Sprecher Lemkes, dass Wolfsmanagement Aufgabe der Bundesländer sei. „Es gibt Länder, die mit der geltenden Rechtslage gut zurechtkommen.“

Kritik aus der Opposition

Mit Skepsis blickt die Opposition auf die „Dialogreihe Wolf“ von Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne). Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Steffen Bilger, kritisiert, dass Lemke keinen echten Dialog al-

ler Beteiligten und Betroffenen abhalte, sondern sich mit einem Feigenblatt schmücke. Die geladenen Experten kämen überwiegend aus einer Richtung – für sie stehe der Schutz des Wolfes klar im Vordergrund. „Die in vielen Re-

gionen unseres Landes auftretenden Probleme mit der wachsenden Wolfspopulation werden von Frau Lemke indes schlichtweg ignoriert“, sagt Bilger. Abgeordnete der Opposition seien erst gar nicht eingeladen worden.

Das Ringen um die richtige Ernährung

Essen Aufregung um angebliche neue Empfehlungen. Sollen bald 10 Gramm Fleisch pro Tag die Höchstgrenze sein?

Bonn. Laut der „Bild-Zeitung“ geht es um die Wurst. Das Blatt zitiert aus einem Papier der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE), aus dem angeblich hervorgeht, dass die Deutschen künftig nur noch zehn Gramm Fleisch pro Tag essen sollen. Angeblich geht es um ein internes Dokument zur neuen „Lebensmittelstrategie“. Diese wird allerdings im Bundeslandwirtschaftsministerium erarbeitet. Die DGE verweist denn auch auf das von Cem Özdemir (Grüne) geleitete Haus.

Die DGE selbst, so Sprecherin Silke Restemeyer, „überarbeitet

aktuell die wissenschaftliche Methode, mit der die lebensmittelbezogenen Ernährungsempfehlungen für Deutschland abgeleitet werden“. Falsch seien daher „die Schlussfolgerungen und Behauptungen, aus den Daten, die im Konsultationsprozess von der DGE zur Verfügung gestellt worden sind, ließe sich eine Ernährungsempfehlung der DGE für den Verzehr einzelner Lebensmittel (zum Beispiel Eier, Fleisch) errechnen“.

Das Ziel der neuen Methode sei, „durch ein mathematisches Optimierungsmodell Aspekte aus

Gesundheit, Umwelt und Soziales“ zu integrieren. „Das bedeutet, dass neben Ernährungs- und Gesundheitsaspekten Kriterien für Umwelt- und Klimaeffekte“ berücksichtigt werden sollen.

Höherer pflanzlicher Anteil

Allerdings, so Restemeyer, zeichne sich ab, dass die DEG-Empfehlungen „zukünftig einen noch höheren Anteil an pflanzlichen Lebensmitteln enthalten werden, da diese gleichzeitig gut für die menschliche und planetare Gesundheit sind“. Lebensmittel „tierischen Ursprungs“ werden aber

weiterhin die Auswahl ergänzen. Wie die genauen Empfehlungen dazu aussehen werden, stehe noch nicht fest.

Klar ist jedoch, dass die Deutschen nach wie vor zu viel Fleisch essen. Zwar ist der Fleischkonsum gesunken, um 13 Prozent in den vergangenen fünf Jahren, und trotzdem sind es wöchentlich noch 1000 Gramm pro Kopf. Die DGE empfiehlt aus gesundheitlicher Sicht derzeit höchstens 600 Gramm.

Nicht zuletzt den Kindern fühlt sich die „Ernährungsstrategie“ der Bundesregierung verpflichtet,

die Ende des Jahres fertig sein soll, für die aber die Eckpunkte bereits vorliegen. Und wohin die Reise gehen soll, ist klar. Ziel sei es, „eine pflanzenbetonte Ernährung mit einem hohen Anteil an möglichst unverarbeitetem Gemüse und Obst sowie ballaststoffreichen Getreideprodukten und Hülsenfrüchten und Nüssen einfacher zugänglich zu machen“. Gleichmaßen „soll die Reduzierung des Konsums tierischer Lebensmittel auf ein nachhaltiges und gesundheitsförderndes Maß unterstützt werden“.

André Bochow



FOTO: BERND VON JUTRCZENKA/DPA

Sven Lehmann (Grüne) in der Bundespressekonferenz.

Bosnien-Krieg Letztes Urteil des UN-Tribunals

Den Haag. Fast drei Jahrzehnte nach Ende des Bosnien-Kriegs hat das UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag zwei Ex-Chefs des staatlichen serbischen Sicherheitsdienstes zu je 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Berufungsrichter verhängten damit eine höhere Strafe als in der ersten Instanz. 2021 waren Jovica Stanisic (72) und Franko Simatovic (73) zu jeweils 12 Jahren Haft verurteilt worden. Es ist das letzte Urteil des UN-Tribunals zu Kriegsverbrechen in dem Krieg. *dpa*

Parlament stimmt für umstrittenes Gesetz

Brasilia. Die brasilianische Abgeordnetenkammer hat ein von der linken Regierung als Instrument zum Völkermord kritisiertes Gesetz gebilligt, das die Ausweisung von Schutzgebieten für Indigene begrenzen soll. 283 Parlamentarier stimmten für die Initiative, 155 dagegen. Die Zustimmung in der Abgeordnetenkammer wurde als Niederlage der Regierung gewertet. Der Text wird nun dem Senat zur Bestätigung weitergeleitet, bevor er Präsident Luiz Inácio Lula da Silva vorgelegt wird, der noch sein Veto einlegen kann. Auch das Oberste Gericht ist mit dem Gesetz befasst. *dpa*



Indigene Demonstranten protestierten in Brasilia gegen das Gesetz.

Australien Erfolg auf Weg zu Referendum

Canberra. Auf dem Weg zu einem Referendum über mehr politische Rechte für Australiens Aborigines und Torres-Strait-Insulaner ist eine wichtige Hürde genommen: Das Abgeordnetenhaus in Canberra sprach sich am Mittwoch mit großer Mehrheit für eine solche Volksabstimmung über eine Verfassungsänderung aus. Sie steht unter dem Motto „Voice to Parliament“: Falls die Mehrheit mit Ja stimmt, bekommen die Ureinwohner eine eigene Stimme im Parlament. *dpa*

Lettland Minister wird Staatspräsident

Riga. In Lettland hat das Parlament den bisherigen Außenminister Edgars Rinkevics zum neuen Staatspräsidenten gewählt. Der 49-Jährige setzte sich im dritten Wahlgang durch, nachdem zuvor keiner der ursprünglich drei Bewerber in dem EU- und Nato-Land die absolute Mehrheit der 100 Abgeordneten erreicht hatte. Rinkevics erhielt 52 von 87 abgegebenen Stimmen. Er wird im Juli das Amt antreten. Er löst Egils Levits (67) ab, der auf eine zweite Amtszeit verzichtet. *dpa*